

HEIKE HOLDINGHAUSEN



**UNS  
STINKT'S!**

WESTEND

**WAS JETZT FÜR EINE  
ZWEITE ÖKOLOGISCHE WENDE  
ZU TUN IST**

Nationen vorgelegt habe.<sup>10</sup> Der Plan nannte als Ziel, bis zum Jahr 2050 fast keine Treibhausgase mehr auszustoßen – schließlich gebe das Pariser Abkommen das vor und Deutschland trage als führende Industrienation und wirtschaftlich stärkstes Land der EU eine besondere Verantwortung. Weil 2050 weit schien, nannte die Bundesregierung Zwischenziele: 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent gegenüber 1990 gesunken sein, 2020 die erste Etappe mit 40 Prozent weniger erreicht sein. Doch dieses Ziel verfehlt Deutschland um Längen; 2020 schaffen wir nur 32 Prozent weniger. Seit Jahren sinken die Emissionen nicht mehr wesentlich. Das heißt, in den nächsten Jahren müssen wir deutlich mehr Kohlendioxid einsparen, um 2030 das nächste Ziel zu erreichen.

Um das zu verdeutlichen, hilft der »Budgetansatz«. Wenn die Menschheit die Erderwärmung bei 1,5 Grad halten will, dann hat sie noch ein Budget von 420 Gigatonnen Kohlendioxid im Portemonnaie. Bislang gibt sie jährlich etwa 42 Gigatonnen davon aus – also ist in zehn Jahren alles weg. Das hieße dann: keine Emissionen mehr nach 2028 – na, viel Spaß. Das ist weder technisch noch ökonomisch, also überhaupt nicht machbar. Wir alle müssten also sofort anfangen, zu sparen, soviel wir heute können, damit unser Kohlendioxidbudget länger reicht. Wenn wir die Erwärmung von zwei Grad zulassen wollen, haben wir noch zirka 26 Jahre Zeit, bis uns das Kohlendioxid aus unserem globalen CO<sub>2</sub>-Beutel ausgeht.<sup>11</sup>

Aber in unserer Geisterbahn gibt es nicht nur Klimawandelschocker. Ruckelzuckel – huch, da springt aus einem Pappfelsen das Artensterben hervor. In den vergangenen zehn Jahren sind in Europa die Populationen von 42 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten an Land zurückgegangen. Von ihnen gibt es also weniger Exemplare. Bei Fischen und Amphibienarten waren es 71 beziehungsweise 60 Prozent.<sup>12</sup> Die Weltnaturschutzunion (IUCN) beobachtet weltweit die Entwicklung von rund 97 000 Arten von Tieren und Pflanzen. Das ist ein Bruchteil der 1,7 Millionen Arten, die Menschen bislang entdeckt und beschrieben haben – wir kennen etwa nur die wenigsten Insektenarten auf der Welt, und bei den wichtigen, aber winzigen Bodenorganismen müssen wir ganz passen. Von den Beobachteten 97 000 Arten sind, laut IUCN, derzeit knapp 27 000 direkt vom Aussterben bedroht. Seit 1963 führt die Union gewissenhaft Buch über die verschwundenen Tiere und Pflanzen. Besonders betroffen ist eines der

Hauptnahrungsmittel der Menschheit: Fisch. Weltweit sind 13 Prozent der Zackenbarscharten vom Aussterben bedroht und 9 Prozent der rund 450 Fischarten im riesigen Malawisee im Osten Afrikas. Die meisten von ihnen sind Buntbarsche, die nur dort vorkommen. Aber auch ein prominenter Baum hat es auf die Rote Liste geschafft: *Pterocarpus erinaceus*, ein Gehölz ebenfalls aus Afrika, aus dem man besonders schöne Möbel bauen kann – allerdings nicht mehr lange. Insgesamt geht die IUCN davon aus, dass heute rund 10 000 Arten mehr davon bedroht sind zu verschwinden, als vor zehn Jahren. Nicht nur aus Afrika werden Pflanzen und Tiere vertrieben; die Korallen im Great Barrier Reef vor Australien verschwinden ebenso wie die Feldlerche und das Rebhuhn von deutschen Wiesen.

Weil niemand weiß, wie viele Arten es überhaupt gibt, lässt sich auch schwer berechnen, wie viele jedes Jahr aussterben. Vielleicht sind es 20 000 pro Jahr, vielleicht 60 000. Derzeit sitzen die für den Artenschutz zuständigen Mitarbeiter aus Regierungen weltweit über Papieren, mit denen sie die nächste große Artenschutzkonferenz vorbereiten. Ende 2018 hatte die Vertragsstaatenkonferenz der »Convention on Biological Diversity«, also die 196 Mitglieder des »Übereinkommens über die Biologische Vielfalt«, im ägyptischen Sharm el Sheikh getagt. Besorgt stellten die Delegationen fest, dass sie alle Ziele zum Schutz der Artenvielfalt, die sie sich acht Jahre zuvor gesetzt hatten, weit verfehlen würden. Sie wollten den Verlust von natürlichen Lebensräumen halbieren, die Überfischung der Meere stoppen sowie große Flächen zu Land und auf den Meeren unter Schutz stellen. Nichts davon ist wahr geworden. Die Landwirtschaft nimmt keine Rücksicht auf wilde Tiere und Pflanzen, Interessen der Industrie – billiges Palmöl, Soja oder Holz – stehen über den Interessen der Natur. Jetzt arbeiten die 196 Vertragsstaaten also bis 2020 an einem neuen Abkommen. Sie werden versuchen, Schutzgebiete zu benennen und nachhaltige Formen zu finden, in denen die Ozeane, Wälder, Äcker und Wiesen genutzt werden können. 2020 treffen sie sich wieder in Peking, mit neuen Zielen oder mit Konkretisierungen der alten. Und die Natur in ihrer wunderbaren Vielfalt? Stirbt einfach weiter. Aber: Ist ja nur eine Geisterbahn.

## Der grüne Selbstbetrug

Man fährt also durchs Dunkle und schaut sich die schaurigen Gestalten Klimawandel und Artensterben an. Ab und zu scheppert es, der eine fürchtet sich mehr, der andere weniger. Aber irgendwann fährt man wieder raus aus dem Gruselkabinett. Gegenüber verkaufen sie Zuckerwatte und es läuft irgendein Schlager – und alles ist wieder gut. Soll heißen: Nach den Nachrichten über Extremwetter, versinkende Inseln und das große Sterben in der Natur geht es weiter mit der Normalität, mit den neuesten Daten zum Wirtschaftswachstum, mit den Umsätzen im Weihnachtsgeschäft oder lästigen Streiks im Urlaubsflugverkehr.

Es gibt viele Studien darüber, warum Menschen bestimmte Risiken bedrohlicher einstufen als andere. Warum sich viele zum Beispiel mehr vor Wölfen fürchten als vor Hunden oder warum Selbstmordattentäter bedrohlicher erscheinen als der Klimawandel. Menschen fürchten sich eher vor Gefahren, die sie nicht kennen – das macht den scheuen Wolf bedrohlich und den aggressiven Schäferhund nebenan akzeptabel. Der Risikoforscher Ortwin Renn nennt als ein Beispiel für ein verzerrt wahrgenommenes Risiko die Ernährung. Mehr als 70 Prozent der Deutschen fürchteten sich vor Pestiziden, Hormonen oder gentechnisch veränderten Zutaten in ihrem Essen, erzählte er der Wochenzeitung *Die Zeit* in einem Interview. Sie gefährdeten die Gesundheit aber viel weniger als eine ungesunde Ernährung. Durch zu viel falsches Essen, zu viel Zucker, Fett und Fleisch stürben hierzulande 70 000 Menschen im Jahr an Krebs – viel mehr als durch die exotischeren Ursachen.<sup>13</sup> Renn unterscheidet die Angst vor dem Unbekannten von »systemischen« Risiken, die ebenso konsequent unterschätzt würden wie das eigene Alltagsverhalten. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie zeitlich entgrenzt sind, also keinen Anfang und kein Ende erkennen lassen; sie lassen sich räumlich nicht zuordnen, und welcher Schaden in welchem Umfang genau angerichtet wird, ist auch unklar. Systemische Risiken sind komplex, sie bergen ein hohes Maß an Unsicherheit und Mehrdeutigkeit.<sup>14</sup> Sie überfordern uns. Hier versagen Institutionen, mit denen wir normalerweise Risiken absichern – Verhaltensweisen oder Versicherungen. Wem es beispielsweise als gesundheitlich zu riskant erscheint zu rauchen, der hört auf damit (auch schon nicht leicht). Gegen Risiken wie Autounfälle oder Krankwerden im Ausland kann man sich versichern, genau wie gegen

Zahlungsausfälle im internationalen Warenhandel.

Solche klaren Antworten auf recht einfach zu ermittelnde Eintrittswahrscheinlichkeiten und Folgen von Risiken sind beim Klima- und Artensterben jedoch nicht zu bekommen. Es ist ja nicht einmal leicht, die Folgen zu verstehen. Nur Spezialisten durchschauen die aufwendigen Computermodelle ihres Fachgebietes und können sich selbst ein datenbasiertes Urteil bilden. Die wissenschaftlichen Berichte des Weltklimarates IPCC zum Beispiel erschließen sich dem Laien nur mit Mühe und fordern ein hohes Maß an Routine im Lesen von prognostischen Texten. Schließlich steht hinter jedem Absatz in Klammern, ob die Mehrheit der Wissenschaftler der jeweiligen Aussage sehr oder wenig vertraut, ob sie eher wahrscheinlich oder ob ein Entwicklungspfad eher »unwahrscheinlich als wahrscheinlich« ist. Dies schafft Vertrauen bei Wissenschaftlern, die die unterschiedlichen Entwicklungspfade und Interpretationen kennen; das Verfahren ist seriös, transparent und dem komplexen Thema angemessen. Doch es verschließt Laien die Teilnahme. Auch eher wenig interessierten Gutmeinenden erleichtern es die Texte des IPCC nicht gerade, den Klimawandel als eine klare, reale Bedrohung wahrzunehmen, gegen die wir jetzt dringend etwas unternehmen müssen. Es bleibt immer ein »vielleicht ja doch nicht« übrig.

Womöglich ist die Wut von Klimaleugnern, die sie auf Blogs oder in den sozialen Netzwerken ausschütten, auch deshalb so unfassbar groß: Weil sie sich dazu verurteilt fühlen, an Texte zu glauben, die sie nicht verstehen und deren Aussagen sie nicht gewichten können. Wenn etwas »wahrscheinlich« oder »eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich« ist – ist es dann gefährlich oder nicht? Muss ich deswegen mein Verhalten ändern? Jedenfalls fällt es so denjenigen, die der Angriff auf ihren Lebensstil ängstigt oder ärgert, leicht, den Klimawandel als Alarmismus abzutun. Als im Herbst 2018 die Gewerkschaften Beschäftigte von RWE und Chemieindustrie im Rheinland zur Demo aufriefen, um gegen einen schnellen Kohleausstieg zu protestieren, da marschierte ein Teilnehmer mit dem Plakat »Schluss mit dem Ökowahn« durchs Bild. All die konkreten, greifbaren, sinnlich wahrnehmbaren Nachrichten über Dürren und Starkregen, über verschwindende Tiere und Pflanzen – wir erfassen sie nicht wirklich als einen Teil unseres Alltags, den wir in alle Entscheidungen und Pläne einbeziehen müssen. Politik gegen den Klimawandel als Ökowahn zu titulieren: Das ist dieses Jahrmarktgefühl aus Schlagermusik und Zuckerwatte auf den Punkt gebracht und



in eine politische Forderung übersetzt.

Während der Grusel vor dem Klimawandel unreal bleibt, ist das gute Leben für die Menschen mit den guten, geschützten Arbeitsplätzen in einem reichen Industrieland wie Deutschland real. Allerdings haben, trotz beinahe erreichter Vollbeschäftigung und einem jahrelangen Wirtschaftsaufschwung, die Jahre des Sozialabbaus und der stetigen Globalisierung der Märkte – auch der Arbeitsmärkte – ihre Spuren hinterlassen. Es mag dem Einzelnen gut gehen, dennoch ist die Bedrohung eines sozialen Abstiegs durch Arbeitslosigkeit oder Alter allgegenwärtig. Die Liberalisierungen der vergangenen Jahrzehnte haben Wettbewerb in fast jeden Lebensbereich gebracht. Vom besten Handyvertrag über den günstigsten Stromanbieter bis zum raffiniertesten Girokonto muss der Alltag stetig gemanagt und optimiert werden – wer zu viel bezahlt, ist selber Schuld. Dazu kommen Ansprüche an den eigenen Körper (fit!), den »Partnerschaftsstatus« (parshippen?) und die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit in Beruf und Familie. Wehe dem, dessen Kind im dritten Kita-Jahr den Stift noch nicht richtig hält (bildungsfern?).

Das alles eröffnet Wahlmöglichkeiten und bietet Freiheiten, ist aber auch anstrengend. Ein guter Job mit dem beruhigenden Gefühl, am allgemeinen Wohlstand teilnehmen zu können, mit Urlaub, dem üblichen Konsum an Elektronik, Kleidung und Spielzeug, gibt Routine und Sicherheit. Es sind ja nicht nur die beinharten Interessen der finanzmarktgetriebenen Konzerne aus dem Energie-, Verkehrs- und Agrarsektor, die sich vehement gegen jedes Prozent Marktanteilverlust stemmen. Sehr viele von uns haben etwas zu verlieren.

Dazu kommt, dass die meisten politischen Parteien, fast alle Wirtschaftsverbände und ein großer Teil der Wirtschaftspublizistik den Klimawandel zwar nicht leugnen, ihn aber beständig relativieren. Sie stellen das Klima nicht als die gegenwärtig wichtigste Bedingung dafür da, dass Leben auf der Erde lebenswert und planbar bleibt. Sie setzen es in Relation zu anderen Voraussetzungen für ein gutes Leben hierzulande.

Dieter Kempf ist Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), dessen Einfluss auf die Regierung man kaum überschätzen kann. Als Reaktion auf erste Ergebnisse der »Kohlekommission« 2018 teilte er mit, die Politik dürfe das Tempo des Ausstiegs aus der Kohleverstromung nicht im Blindflug erhöhen, ohne sich der Nebenwirkungen bewusst zu sein. »Zentral ist, die Versorgungssicherheit bei jedem Wetter sicherzustellen, und zwar auch dann,